

**Gastkommentar.** Der Euro ist nicht nur eine Währung, sondern seit 2002 Ausdruck der immer enger werdenden Union.

## Europas Zukunft im Geldbeutel

VON MARTIN SELMAYR

Es war eine gigantische logistische Operation. 15 Milliarden neue Banknoten und 50 Milliarden neue Münzen mussten den Menschen in der Eurozone ab Mitternacht zur Verfügung stehen. Sie mussten identische optische und technische Merkmale aufweisen, damit Bankomaten sie ausgeben und Fahrkartenautomaten sie annehmen konnten. Am wichtigsten aber: Die Menschen mussten dem neuen Geld Vertrauen schenken, um damit zu bezahlen. Dass dies bei der Einführung des Euro-Bargelds in der Silvesternacht vor 20 Jahren reibungslos gelang, war eine europäische Meisterleistung. Wenn die EU-Staaten etwas nicht nur gemeinsam beschließen, sondern zur Umsetzung auch eine leistungsfähige Institution mit weitreichenden Befugnissen wie die Europäische Zentralbank schaffen, dann klappen neue Integrationschritte eben auch. In anderen Politikbereichen, in denen viel von Europa erwartet wird – Klimapolitik, Gesundheitsschutz, Außenpolitik –, kann man davon viel lernen.

Heute sagen laut Eurobarometer mehr als zwei Drittel der Europäerinnen und Europäer, der Euro sei gut für ihr Land, in Österreich, aber auch in Griechenland sind es sogar 73 Prozent. Dies liegt zweifellos an der Stabilität, die der Euro unter Beweis gestellt hat. Seit seiner Einführung liegt die Preissteigerungsrate im Durchschnitt unter zwei Prozent, seit der Finanzkrise bei nur 1,2 Prozent. Dieses Gesamtbild können auch die seit Sommer ungewohnt hohen Inflationsraten nicht trüben. Sie sind überwiegend das Ergebnis der Verzerrungen, welche die Coronakrise ausgelöst hat. Vieles, was während der Lockdowns zwangsweise angespart worden ist, will nun ausgegeben werden. Die Europäische Zentralbank erwartet, dass sich die Lage 2022 wieder normalisieren wird.

Drei Viertel der Österreicherinnen und Österreicher sehen

den Euro als wichtig für die Herausbildung einer gemeinsamen europäischen Identität, wie neue Zahlen der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik zeigen. Der Euro ist eben nicht nur eine Währung, sondern zugleich für jeden greifbarer Ausdruck der immer enger werdenden Union, welche die EU-Staaten gegründet haben. Finanz- und Coronakrise haben diese Union auf die Probe gestellt. Ist Europa nur dafür da, um in guten Zeiten Integrationsgewinne untereinander aufzuteilen? Oder halten wir auch in schlechten Zeiten zueinander? Nach vielen Krisengipfeln haben wir uns dazu entschlossen, auch ein Kontinent der Solidarität zu sein. Das Aufbauprogramm „NextGenerationEU“, hinter dem alle Mitgliedstaaten stehen, begibt nun Anleihen, um die großen Zukunftsausgaben solidarisch zu finanzieren, vor allem die Transformation Europas in einen klimaneutralen, digitalisierten Kontinent. Dass die Händler an den Märkten EU-Finanzkommissar Johannes Hahn diese in Euro notierten Papiere derzeit regelrecht aus den Händen reißen, zeigt, wie stark das Vertrauen in Europa in zwanzig Jahren gewachsen ist.

Als das Euro-Bargeld 2002 in Umlauf gebracht wurde, geschah dies nur in den zwölf EU-Staaten, die sich damals für die gemeinsame Währung qualifiziert hatten. Heute ist der Euro bereits in 19 EU-Staaten gesetzliches Zahlungsmittel. Und man kann erwarten, dass wir bis Mitte des Jahrhunderts überall in der EU in Euro zahlen werden. Denn der Euro ist „die Währung der EU“, wie auch Österreich mit dem Vertrag von Lissabon bekräftigt hat. Wer eine Euro-Banknote einmal ans Licht hält, wird darin eine freundlich lächelnde Frau erkennen: die sagemumwobene Europa. Mit dem Euro hat man also tatsächlich die Zukunft unseres Kontinents im Geldbeutel.

**Martin Selmayr** (\* 1970 in Bonn) ist Jurist und seit November 2019 Leiter der Vertretung der Europ. Kommission in Österreich.

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)



## „Große Transformation?“ Ja, natürlich, aber wie?

**Agenda 2030.** Was sind die notwendigen Schritte, um die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung innerhalb der heutigen Systeme zu erreichen?

VON FRANZISKA ALLERBERGER UND HELGA KROMP-KOLB

Die Nachhaltigkeitsziele sind internationaler Konsens. Und das ist gut so. Aber sind sie innerhalb der herrschenden Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftssysteme (kurz: Systeme) erreichbar? Wenn wir diese Frage wie manche Wirtschafts- und Gesellschaftstheoretiker sowie etliche NGOs mit Nein beantworten, ergibt sich folgende Frage: Steht eine Ablösung der derzeitigen nicht nachhaltigen Systeme so unmittelbar bevor, dass wir die Lösung der großen Herausforderungen (z. B. Klimawandel oder Biodiversitätsverlust) auf die Zeit nach einem Systemwechsel verlegen können? Da die Zeit zu handeln sich zumindest beim Klimawandel in Jahren, nicht Jahrzehnten misst, ist dies nicht verantwortlich: Derzeit sind für keines der Systeme im globalen oder überregionalen Maßstab überzeugende Anzeichen zu erkennen,

dass eine willentlich herbeigeführte, gezielte sozialökologische Transformation im Sinne eines echten Systemwechsels unmittelbar bevorsteht.

Wir müssen daher mit der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele unter den gegebenen Rahmenbedingungen beginnen. Dabei werden sich zwangsläufig auch Veränderungen in den oben angesprochenen Systemen ergeben – man denke nur an den Übergang von der herrschenden linearen zur Kreislaufwirtschaft.

### Ohne Dystopie-Erwartung

Zuvor aber noch zwei wichtige Anmerkungen. Erstens: Die nicht nachhaltigen Systeme könnten hartnäckig sein – so hartnäckig, dass sie alle Reformbemühungen pervertieren oder a priori zunichtemachen. In diesem Fall ergibt sich die Aufgabe, Entwicklungen zu fördern, die den Absturz ins Chaos oder die Fortress World (nach der Stockholm Global Scenario Group) für möglichst viele

Menschen möglichst lang erträglich gestalten. In der Klimadiskussion gibt es dazu unter dem Stichwort „Deep Adaptation“ Maßnahmenvorschläge, deren Umsetzung in manchen Fällen auch ohne Dystopie-Erwartung als sinnvoll betrachtet werden kann.

Zweitens: Sowohl beim Gesamtsystem als auch bei den wesentlichen Teilsystemen handelt es sich um komplexe Systeme. Deswegen ist eine gezielte Steuerung gegenwärtiger, vor allem aber zukünftiger Entwicklungen im Sinne einer umfassenden Kontrolle grundsätzlich nicht möglich. Komplexe Systeme entziehen sich der direkten Steuerung, wie wir derzeit sehr gut an der Coronakrise erkennen können. Entwicklungen zu beobachten, ständiges Lernen und ein kritisch-reflektierter Umgang mit Fehlschlägen müssen daher Teil jedes Versuchs einer Zukunftsgestaltung sein.

Nun zu notwendigen Schritten zur Erreichung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung >

### PIZZICATO

## Ol' Blue Eyes und die News

Vor seiner Neujahrsansprache „fremdelt“ Deutschland noch mit Olaf Scholz, der wie auf leisen Sohlen daherkommt. Der spröde Hanseat ist erst seit drei Wochen im Amt, und viele wären nicht überrascht, würde Angela Merkel sich am Neujahrstag ein 17. Mal aus dem TV-Schirm mit einem Gruß an ihre Landsleute wenden.

In einer mit TV-Promis gespickten Satire stellte sich Olli Dittrich jetzt vor, dass Merkel zwar nicht mehr in Amt und Würden sei, aber unter ihrem Kürzel AM immer noch SMS von Staats- und Regierungschefs auf der Suche nach Rat und Orientierung erhalten würde. Ihr Handy ist inzwischen allerdings in fremde Hände geraten. Nicht auszudenken, was dies anrichten könnte. Unter dem Motto „Fünf Jahre sind genug“ könnte Emmanuel Macron auf eine Wiederwahl im Frühjahr verzichten. Und Donald Trump würde nach der Devise „Eine Amtszeit ist zu kurz“ 2024 noch einmal zur Wahl antreten. Kurzum: Dem Irrsinn wäre Tür und Tor geöffnet.

Für derlei Fake News gibt es quasi offiziell beglaubigte Kontrollinstanzen. Eine nimmt nun kurz nach Merkel Abschied: Claus Kleber, ZDF-Moderator des „Heute Journal“ – als solcher sogar länger im Amt als die Ex-Kanzlerin – und zuvor Washington-Korrespondent. Ein Blick ins Gesicht von „Ol' Blue Eyes“ genügt, um zu wissen: Alles wird gut – irgendwie, irgendwo, irgendwann. (vier)

Reaktionen an: [thomas.vieregge@diepresse.com](mailto:thomas.vieregge@diepresse.com)

### LESERPOST

**Leserbriefe bitte an:**  
Die Presse, Hainburger Straße 33,  
A-1030 Wien oder an  
[leserbriefe@diepresse.com](mailto:leserbriefe@diepresse.com)

### Dann war auch Bau der A1 der helle Wahnsinn

„Keine nennenswerten Gründe?“, LB v. Hermann Knoflacher, 28. 12. Es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, dass die Schließung des östlichen Autobahnringes (= Lobau-Tunnel) die Südosttangente kaum entlasten würde. Da ist Herrn Knoflacher zuzustimmen. Aber dann müsste man konsequenterweise auch sagen, dass der Bau der A23 ein kapitaler Fehler war, der riesige Umweltschäden verursacht. Und wenn man es genau bedenkt, war wohl auch der Bau der A1 nach Salzburg der helle Wahnsinn, und überhaupt die Entwicklung des Verbrennungsmotors etc.  
DI Rudolf Lamprecht, 1080 Wien

### Das Ende der EU

„Deutschland im Konvoi der EU-Schuldenpolitik“, „Déjà-vu“ von Hans Winkler, 28. 12.

So wie Herr Winkler die Zeichen an die Wand malt, sollte sich Österreich dringend überlegen, die Gruppe der „Frugalen Vier“ zu stärken und zu erweitern! Eine Transfer-Union ist das Ende der EU!  
Josef Fischer, 1210 Wien

### Erste Engpässe zeigen sich bereits heute

„Europas Wirtschaft wird bald um jeden Migranten betteln“, Leitartikel von Gerhard Hofer, 28. 12. Hofer ist in seiner Diagnose eines baldigen massiven Arbeitskräftemangels zuzustimmen. Zur Verdeutlichung sollte man sich vor Augen halten, dass demnächst die Babyboom-Jahrgänge ab Anfang der 1960er-Jahre mit ca. 130.000 Geburten pro Jahr in Pension gehen werden. Auf den Arbeitsmarkt kommen die Jahrgänge ab Anfang 2000 mit ca. 80.000 Gebur-

ten pro Jahr. Man muss kein Mathematiker sein, um zu erkennen, mit welcher Wucht die demografische Entwicklung uns alle in den nächsten Jahren treffen wird.

Erste Engpässe in Gesundheitsversorgung, Pflege, Gastronomie und Tourismus zeigen sich schon heute und werden sich weiter verstärken. Im Bildungsbereich sind sie programmiert. Aber auch die rasche Unterstützung durch Handwerker wird keine Selbstverständlichkeit mehr sein. Eine geregelte Migration und die zielgerichtete Ausbildung der Migranten wurden zu lang vernachlässigt und können, sogar wenn sie wider Erwarten umgesetzt werden, die auf uns zukommenden Probleme kurzfristig nicht mehr vermindern.

Statt auf die Weisheit der Politik sollte man besser auf die Mechanismen der freien Marktwirtschaft hoffen. Dazu wird die Schaffung eines attraktiven Arbeitsumfelds für ältere Mitarbeiter zählen, um diese, auch wenn sie schon in Pension sind, im Beschäftigungsprozess zu hal-

innerhalb der derzeit dominierenden, nicht nachhaltigen Systeme: Die Macht zur Umsetzung der Ziele ist den Entscheidungskompetenzen entsprechend über alle Akteurinnen und Akteure verteilt. Die in der Klimadebatte zu beobachtende Polarisierung, die sich zwischen Vorwürfen einer Ökodiktatur und einer Individualisierung der Verantwortung bewegt, ist müßig: Die nachhaltigen Entwicklungsziele der UN-Agenda 2030, einschließlich der Klimaziele, werden nur in einer konzertierten Aktion aller Akteure erreicht werden können. Das heißt: Jede und jeder von uns muss das tun, was in ihrem bzw. seinem Verantwortungsbereich liegt. Außerdem gilt es, bei den Zieldefinitionen und bei der Wahl der Mittel zur Zielerreichung möglichst viele Betroffene einzubeziehen. Zu den wichtigen Schritten, die im kommenden Jahr einzuleiten wären, zählen:

Bei jeder Entscheidung auf jeder Ebene und von allen Akteurinnen klären: Befördert oder hindert die gewählte Lösung die Erreichung der Ziele? Es genügt auch nicht mehr, das jeweils Mögliche zu tun, sondern vielmehr muss das Notwendige ermöglicht werden. Ein Anfang wäre, legale Umgehungen von Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien aller Ebenen zum Nachteil nachhaltiger Entwicklung gesellschaftlich zu ächten und im jeweiligen Verwaltungsapparat zu unterbinden. Duale Vorgangsweisen erweisen sich dabei als notwendig:

► innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen so nachhaltig wie möglich agieren und parallel dazu an der Ausweitung der Bedingungen mitwirken. Das bedeutet z. B., so nachhaltig wie wirtschaftlich möglich zu produzieren,

## DIE AUTORINNEN



**Franziska Allerberger** hat an der Universität Innsbruck Geografie studiert und ist Mitgründerin der INUI – Initiative Nachhaltige Universität Innsbruck sowie des Vereins forum n, der österreichweit studentische Nachhaltigkeitsinitiativen vernetzt und unterstützt.



**Helga Kromp-Kolb** ist emeritierte Universitätsprofessorin für Meteorologie und Klimatologie an der Boku. Sie war maßgeblich an der Gründung des Climate Change Centers Austria (CCA) sowie der Allianz Nachhaltige Universitäten in Österreich beteiligt und ist Mitglied des UniNetz-Lenkungsausschusses.

[Beigestellt]

aber zugleich Regelungen einzufordern, die mehr Nachhaltigkeit zulassen (systemintern und systemübergreifend);

► die Möglichkeiten auf der lokalen, regionalen und nationalen Ebene nutzen, aber zugleich auf die Erstellung verbesserter Rahmenbedingungen auf den jeweils höheren, auch internationalen Ebenen hinwirken. Das gilt auch für Individuen: die eigenen aktuellen Möglichkeiten ausschöpfen, aber zugleich darauf hinwirken, dass diese erweitert werden. So kann jede, jeder Einzelne von uns durch klimafreundliche Ernährung die eigene Gesundheit und den Klimaschutz fördern, sich aber zugleich dafür einsetzen, dass in der Werkkantine oder im Kindergarten klimafreundliche Angebote zur Selbstverständlichkeit werden (regional und global, individuell und systemisch);

► Positives tun und Negatives lassen. So genügt es nicht, z. B. in erneuerbare Energien zu investieren; die Förderung fossiler Energien muss auch eingestellt werden (innovativ und exnovativ).

Die unvermeidbaren Veränderungen im gesellschaftlichen Konsens in nachhaltigere Bahnen zu lenken, ist wohl eine zentrale Herausforderung. Breite Partizipation zu ermöglichen und sich auf allen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ebenen aktiv darum zu bemühen, ganz im Sinne von „Leave No One Behind“, erscheint in einer Demokratie als unabdingbar.

### Systemänderung wird es geben

Kurzum: Systemänderung wird stattfinden – gewollt oder als unvermeidbare Folge der Transformation zur nachhaltigen Entwicklung. Auch wenn diese weder wissenschaftlich vorhersehbar noch kontrollierbar ist, ist sie doch mit Maßnahmen auf allen Ebenen, gebührender Flexibilität und einem kritisch-reflektierten Umgang mit Erfolgen und Fehlschlägen gestaltbar. Einige dieser Maßnahmen wurden hier und in den vorherigen Beiträgen dieser Artikelserie bereits aufgezeigt. Nun ist es für uns als UniNetz-Team maßgeblich, mit Vertretern verschiedenster Bereiche der Gesellschaft die nächsten Schritte zu gehen und gemeinsam diese Systemänderung zu gestalten.

Dieser Text ist der letzte Teil einer Artikelreihe, die das UniNetz an dieser Stelle publiziert. Die Allianz Nachhaltiger Universitäten in Österreich hat 2019 ein Projekt unter dem Titel „UniNetz – Universitäten und nachhaltige Entwicklungsziele“ entwickelt. Alle bisher erschienenen Teile dieser Reihe finden Sie unter [DiePresse.com/Meinung](http://DiePresse.com/Meinung).

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

## QUERGESCHRIEBEN

VON ANNA GOLDENBERG



# Österreich darf sich gratulieren: Feiern wir unsere Bundeshymne!

Vor zehn Jahren kamen die „großen Töchter“ in die österreichische Bundeshymne. Zeit für einen Rückblick – und einen weiteren Änderungsvorschlag.

Wenn es um Feminismus und Geschlechtergerechtigkeit geht, nimmt Österreich international nicht gerade eine Vorreiterrolle ein. Geschieht es doch, sollte man die Gelegenheit kräftig feiern. Am Samstag jährt sich nämlich die Textänderung der österreichischen Bundeshymne zum zehnten Mal. Seit 1. Jänner 2012 singen wir „Heimat großer Töchter, Söhne“ statt „Heimat bist du großer Söhne“, und „Jubelchöre“ statt „Brüderchöre“ in der weniger geläufigen dritten Strophe.

Damit lag Österreich sogar vor Kanada, das erst 2018 aus der Zeile „in all deinen Söhnen“ „in allen von uns“ machte. Und in Deutschland wurde 2018 eine Debatte angestoßen, aus dem „Vaterland“ ein „Heimatland“ zu machen und das Adjektiv „brüderlich“ mit „couragiert“ zu ersetzen. Daraus wurde – nichts. Schade.

Ein Blick in die Archive zeigt, dass Debatten rund um das Sichtbarmachen beider Geschlechter in der Sprache nach stets demselben Drehbuch verlaufen. Es beginnt mit (meist) Frauen, die den Vorschlag machen; im Falle von Österreich war es die damalige ÖVP-Frauenministerin Maria Rauch-Kallat im Jahr 2005.

Die Kritik folgt unmittelbar: Die neue Formulierung sei nicht schön, ja sprachlich unsauberer als die alte Version. Zudem seien die Erben der Dichterin Paula von Preradović gegen die Änderung gewesen. So als ob Kunst und ästhetische Ansprüche sich nicht verändern könnten und sogar sollten, da sie auch der jeweiligen Gesellschaft als Spiegel dienen. Umso mehr gilt das für Werke wie Nationalhymnen, die vor allem symbolisch und repräsentativ eingesetzt werden.

Es folgt in der Regel das Argument, zwei Sprachänderungen allein trügen nichts oder nur sehr wenig dazu bei, existierende diskriminierende Unterschiede zwischen den Geschlechtern verschwinden zu lassen. Man habe doch viel größere Sorgen. Ganz so, also ob Einkommensschere, geschlechterspezifische Gewalt und ähnliche Probleme allein deshalb weiter existierten, weil moderne Fe-

ministinnen und Feministen auf mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Sprache pochen. Weiters ist dann meist zu hören, dass es nicht zu rechtfertigen sei, bei einer Änderung, also den „Töchtern“, aufzuhören. Hier besteht die Möglichkeit, mit absurden Vergleichen einige Lacher abzukassieren, wie es beispielsweise dem Sänger Andreas Gabalier gelang, der sich 2014 weigerte, die neue Version der Hymne zu singen. Gabalier, der in einem Interview mit dem „Falter“ im Juni 2021 erklärte, weiterhin nicht zu gendern, argumentierte, man benenne den Stephansdom ja auch nicht in „Stephaniedom“ um oder hänge dem Klagenfurter Lindwurm Brüste um. Ganz so, als ob es sich bei der Textänderung nicht um eine Art ausgleichender Fifty-Fifty-Lösung, sondern den Beginn einer gefährlichen Machtübernahme handeln würde, die es zu stoppen gelte. Ein deutlicher Beweis für dieses Gefühl der Bedrohung war der Shitstorm, der über die damalige SPÖ-Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek erging, als sie 2014 Gabalier in sozialen Medien kritisierte.

Belebt ein letztes, kurioses Argument, das sich in archivierten Straßenbefragungen findet. Was denkt Frau Österreicherin über die „großen Töchter“? Man fühle sich als Frau ohnehin selbstbewusst genug und brauche die zusätzliche Beachtung im Hymmentext nicht, ist da oft zu hören. Eine Variation des beliebten Arguments gegen die Frauenquote: Man sei stark genug, es allein zu schaffen. Ganz so, als wären einem die Geschlechtsgenossinnen, die stärker von Diskriminierung betroffen sind, egal.

Österreich darf sich selbst gratulieren, zum zehnten Jahrestag der neuen Hymne, und dafür, dass diese Debatte einmal mehr erfolgreich durchgestanden wurde. Für das runde Jubiläum wäre eine weitere Änderung ein angemessenes Geschenk. In der dritten Strophe steht nämlich nach wie vor „Vaterland“. Warum nicht „Heimatland“? Vielleicht finden wir sogar neue Argumente.

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

**Zur Autorin:** Anna Goldenberg ist Journalistin und Autorin („Versteckte Jahre. Der Mann, der meinen Großvater rettete“, 2018, Paul Zsolnay) und lebt in Wien. Sie schreibt über Medien und Politik für den „Falter“.

**Morgen in „Quergeschrieben“:** Christian Ortner

ten. Dazu zählen aber auch bisher oft verpönte Effizienzsteigerungen und in der Verwaltung und der Einsatz von künstlicher Intelligenz. Dadurch werden zwar Arbeitsplätze abgebaut, aber im Gegensatz zu früher werden es Arbeitsplätze sein, die gar nicht mehr nachbesetzt werden können. Mag. Christoph Kopf, 2384 Breitenfurt

### Urgrüne Themen werden vernachlässigt

„Meine Hartnäckigkeit über-rascht“, Interview mit Leonore Gewessler, von Julia Wenzel, 27. 12. Schon länger wundert mich die „Geradlinigkeit“, um nicht zu sagen Einseitigkeit, mit der sich die Grünen auf Verkehrsthemen konzentrieren. Zu lang konnte sich Frau Vassilakou auf Umplanungen der wichtigsten Verkehrswege in Wien konzentrieren: Es herrschte offensichtlich das Prinzip, dass man durch Projekte auf sich aufmerksam macht, die hohe Ausgaben und Unbequemlichkeiten

für viele Stadtbewohner verursachen. Frau Gewessler – und mit ihr die Grünen – scheinen diesem Prinzip weiterhin zu folgen: Der lang geplante Lobau-Tunnel darf nicht gebaut werden. Die Aufwendungen für die bisherige Planung samt Alternativen werden ignoriert, die betroffene Bevölkerung darf weiter Verkehrslärm und langen Wegen ausgesetzt bleiben.

Viele Aspekte der ursprünglichen Grünen-Politik bleiben hingegen unbeachtet. Man hört nichts von einer Einflussnahme auf Tiertransporte, Verbesserung des Tierwohls bei Aufzucht und Haltung, nichts gegen die Verarmung der Biovarietät in den Flüssen, nichts von der Vermeidung von Mikroplastik in Wasser und Nahrung etc.

Grüne und Frau Gewessler, kümmern Sie sich bitte um vernünftige Verkehrsprobleme und auch um andere urgrüne Themen. À la longue werden Ihnen das die Wähler eher danken als die unnötige Verteuerung längst geprüfter bestehender Projekte.

Dr. Christian Leydolt, 1020 Wien

### Fast schon ein Freispruch für die Notenbanken

„Ist die Inflation gekommen, um zu bleiben?“, GK von Monika Köppl-Turyna, 27. 12.

Frau Köppl-Turyna bezeichnet vier Treiber, welche die anschwellende Inflation schüren. Gegen drei davon könnten geldpolitische Maßnahmen der Zentralbanken nichts ausrichten. Dieser Befund ver-harmlost den Urquell der Inflation, der laut Milton Friedman (von der Autorin korrekt zitiert) immer monetär bedingt ist, und spricht die Notenbanken fast schon frei von Verantwortung.

Abgesehen davon, dass die präzedenzlose Expansion der zinslosen Geldmenge zu einer Blase am Immobilien-, Wertpapier- und Kunstmarkt geführt hat, befeuert die Geldflut auch die drei anderen Trends. Wenn z. B. Lieferketten verkürzt werden, weniger junge Handwerker ins Berufsleben eintreten oder die Dekarbonisierung Produkte verteuert, dann verschoben sich zwar die relativen Preise,

aber wenn die Geldmenge insgesamt nur wenig steigt, muss sich auch das Konsumverhalten entsprechend ändern. Man müsste sozusagen andernorts kleinere Brötchen backen und weniger konsumieren. Wenn allerdings jedes Defizit durch frisch gedrucktes Geld zugeschüttet wird, kann man fröhlich weitermachen wie gewohnt. Also hat Friedman vielleicht doch recht?

Wenn man sich die gerade jetzt um die Jahreswende gern „angepassten“ Preise diverser Branchen ansieht, kann man fast sicher sein, dass diese Inflation bleiben wird. Zumindest solange die Zentralbanken so tun, als ginge sie das nichts an.

Dr. Hans G. Stockmayr, 4722 Peuerbach

### Preis wird von Angebot und Nachfrage bestimmt

„Wie die geplante Google-Steuer die Inflation treibt“, „Urschitz meint“, 29. 12. Josef Urschitz meint, dass eine Google-Steuer die Inflation treibt.

Ich dachte immer, dass der Preis von Angebot und Nachfrage bestimmt wird. Wenn Konsumenten bereit sind, höhere Preise zu zahlen, werden diese auch ohne zusätzliche Steuer steigen.

Die Senkung der Umsatzsteuer für Hotellerie und Gastronomie ist ja auch nicht bei den Gästen gelandet, wie Leserbriefschreiber Gert Schutovits („Fatale Folgen von Förderungen“, 29. 12.; Anm.) eindrucksvoll darstellt.

Dr. Wolfgang Reisinger, 1140 Wien

### IMPRESSUM: DEBATTE

**Leitung:** Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.  
**Twitter:** @media\_wall  
**Online:** Stefanie Kompatscher  
**E-Mail:** [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)  
**Redaktion Leserbriefe:** Henriette Adrigan, Ursula Mayer  
**E-Mail:** [leserbriefe@diepresse.com](mailto:leserbriefe@diepresse.com)  
**Debatte Online:** [diepresse.com/meinung](http://diepresse.com/meinung)  
**Debattenbeiträge** müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.  
**Leserbriefe:** Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.